

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB
zum Erfordernis reali-
stischer Analysen und
wachem Handeln in der
Außenpolitik; Schluß
mit der Selbsthypnose!
(Teil I)

Seite 1

Dokumentation

In einem Brief an Ver-
teidigungsminister
Stoltenberg hat die
Gustav-Heinemann-In-
itiative gegen die Ver-
urteilung des Spre-
chers des "Darmstädter
Signals", Helmut
Prieß, protestiert.
Wortlaut

Seite 6

47. Jahrgang / 4

7. Januar 1992

Schluß mit der Selbsthypnose! (Teil I)

Zum Erfordernis realistischer Analysen und wachem Handeln in der Außenpolitik

Von Dr. Peter Glotz MdB *

Es ist noch keine drei Jahre her, als ein Beamter des Planungsstabs des amerikanischen Außenministeriums mit dem schönen japanischen Namen Francis Fukuyama behauptet hat, das Ende der Geschichte sei gekommen. Seine These war: Der Westen, mit ihm der Liberalismus hätten gesiegt, die großen Kontroversen zwischen Freund und Feind seien ausgestanden, jetzt gehe es nur noch um die ökonomische und ökologische Verwahrung der Welt. Natürlich könne es immer wieder Streit geben, aber nie mehr das, was Saddam Hussein die 'Mutter der Schlachten' genannt hat. Wenn wir auf das Jahr 1991 zurück- und auf das Jahr 1992 vorausblicken, dann müssen wir feststellen: Hanussen war besser als Fukuyama. Man kann ihm dem Planungsstab des State Departement zwar nicht mehr empfehlen, denn er ist fünfzig Jahre tot; aber irgendwo wird sich doch noch ein Wahrsager finden, der die Stelle von Mr. Fukuyama einnehmen könnte.

Für richtiger als die Voraussage von Francis Fukuyama halte ich die des konservativen amerikanischen Politologen John Mearsheimer. Er hat ausgerechnet, daß zwischen 1945 und 1989 in Europa nicht mehr als 20.000 Menschen ums Leben gekommen sind; bei den Überfällen der sowjetischen Hegemonialmacht auf Ungarn und die Tschechoslowakei, bei einem türkisch-griechischen Krieg und einigen anderen Gelegenheiten. Künftig, nach dem Zusammenbruch der nukleargestützten Doppelhegemonie der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, werde die Zahl dieser Toten in wenigen Jahren erreicht sein. Inzwischen muß man sagen; in wenigen Monaten. Der Krieg zwischen Kroaten und Serben ist ein Menetekel an der Wand. Es ist eine Schande, daß Europa so uneinig ist, daß wir diesem Morden einfach zuschauen!

Mißverstehen Sie mich nicht: Ich sehne mich nicht nach dem Kalten Krieg zurück. Die nukleare Parität zwischen zwei Supermächten hat zwar Kriege verhindert; aber sie hat auch die Unterordnung unter unterdrückerische und unmenschliche Systeme erzwungen. Wir alle freuen uns über die Befreiung Osteuropas, Rußlands, Georgiens,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

* Dr. Peter Glotz trug diese Gedanken auf dem Dreikönigstreffen der bayerischen SPD am 6. Januar in München vor.

Verantwortung
mit erneuerbaren Rohstoffen
Recycling-Papier



Aserbeidschans und vieler anderer Staaten und Völker. Aber wir müssen dafür kämpfen, daß diese Befreiung nicht eine Befreiung nationalistischer Mittelschichten ist, die zu Lasten der großen Massen dieser Völker zelebriert wird. Ich habe kürzlich einen slowenischen "Führer" getroffen, der sagte, sein Volk würde auch Gras fressen, nur um ein selbständiger Nationalstaat zu werden. Dem habe ich aus eigener Erfahrung aus den Jahren direkt nach 1945 gesagt: Gras ist kein gesundes Nahrungsmittel für Kinder. Es geht nicht nur um nationale Ehre und nationale Selbstbestimmung, es geht auch um eine Politik, die dazu führt, daß auch die sozial Schwächeren noch einigermaßen menschlich und vernünftig leben können. Nationale Helden, die ihre Völker in Hunger und Entbehrungen führen, haben wir in Europa genug gehabt. Wir haben die Nase voll von solchen Helden; von deutschen, aber auch von slowenischen, slowakischen, kroatischen oder serbischen!

Die Sowjetunion ist zusammengebrochen, die GUS ist ein konfliktreicher, nach außen machtloser, obwohl atomwaffenbewehrter Zusammenschluß und die schlimmste Wahrheit, die man aussprechen muß, lautet: Kleine Kriege - ich rede von Kriegen so zwischen 100 und 100.000 Opfern - sind wieder möglich. Um so notwendiger ist es, daß Westeuropa sich darauf festlegt: Wir stehen mit Friedenstruppen zur Verhinderung von Kriegen zur Verfügung, aber wir stehen nicht als Kriegspartei zur Verfügung, denn wir sind der Überzeugung: Unter 100 Kriegen ist nur einer gerechtfertigt. Und gerechte Kriege gibt es überhaupt nicht.

Ich sage das sehr bewußt ein knappes Jahr nach dem Golfkrieg. Unter der geistigen Führung von Hans Magnus Enzensberger hat eine starke Truppe deutscher Intellektueller entdeckt, daß Saddam Hussein der Wiedergänger Hitlers sei. Damit glaubte man den Krieg gerechtfertigt. Präsident Bush sprach von einer neuen Weltordnung. Die UNO sanktionierte den amerikanischen Krieg. Und wir Deutschen haben ihn zu einem Drittel bezahlt. Und was hat dieser Krieg gebracht? Er hat niemandem etwas gebracht. Er hat die Sicherheit Israels nicht erhöht, er hat der Sache der Palästinenser geschadet, er hat die Kurden im Norden des Irak und die Schiiten im Süden des Irak ins Unglück gelockt und im übrigen hat er noch 125.000 Opfer gekostet. Das waren 125.000 zuviel! Den Intellektuellen, die diesen Krieg gerechtfertigt haben und die ihn mit dem Krieg gegen Hitler vergleichen wollten, sage ich: Um die damalige Weltmacht Hitler-Deutschland zu besiegen, mußten alle anderen Weltmächte das Leben von rund 20 Millionen Soldaten einsetzen. Um Saddam Hussein zu besiegen, mußten die Vereinigten Staaten das Leben von rund 300 Soldaten einsetzen. Immer noch 300 zuviel, sage ich auch hier. Und ich füge hinzu: Wer den einen und den anderen Krieg vergleicht, macht sich der politischen Obszönität schuldig. Und wer immer nur von den weißen Toten in diesem Krieg spricht und die 125.000 arabischen Toten vergißt, der macht sich des Rassismus schuldig. Beim Golfkrieg im vorigen Jahr wurde deutlich: Es gibt im Westen leider, und zwar in sehr verantwortlichen Positionen, eine ganze Menge von Rassisten. Und es gibt auch eine Menge Feiglinge. Feige nenn ich es zum Beispiel, wenn die Bundesregierung sich einerseits durch Logistik, Waffen aus der Nationalen Volksarmee der früheren DDR, und eine Summe von vielen Milliarden an diesem Krieg beteiligt, andererseits aber so getan hat, als habe sie mit diesem Krieg nichts zu tun. Ich war gegen diesen Krieg, ich war auch dagegen, daß wir auch nur eine einzige Mark für die angeblich sauberen Laserbomben ausgeben. Aber eine Regierung, die einen solchen Krieg finanziert und dann auch noch so tut, als hätte sie nichts damit zu tun, die ist nicht nur mitschuldig, die macht sich auch noch lächerlich!

Ich habe vom Golfkrieg gesprochen, weil er einer der begrenzten Kriege war, die jetzt wieder möglich werden. Die bitterste, die symbolische Erinnerung ist die an den amerikanischen Verteidigungsminister Dick Cheney, wie er eine Bombe signiert. Er hätte wissen müssen: Diese Bombe wird später Menschen zerreißen. Das hat ihn an dieser symbolischen Handlung nicht gehindert. Die andere symbolische Erinnerung übrigens ist die an Boris Jelzin, wie er im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages saß und von einem CSU-Abgeordneten gefragt wurde, wann er denn Erich Honecker in die Bundesrepublik verfrachte. Darauf sagte Zar Boris grinsend: "Ich habe Gorbatschow schon so viele Kompetenzen abgenommen, Honecker will ich ihm lassen." Ich sage ironisch: Es ist sehr tröstlich, daß die Welt von solchen Politikern regiert

wird. Das ist der rechte Zeitpunkt, einen kurzen Nachruf auf Michail Gorbatschow einzuflechten. Ich habe die schrankenlose Begeisterung, die die westlichen Medien einschließlich der Bildzeitung für Michail Gorbatschow gehegt haben, nie geteilt.

Aber ich teile auch nicht das Urteil von Sebastian Haffner, der ausweislich eines Buches von Arnulf Barfing gesagt haben soll, er verachte Michail Gorbatschow mehr als Hitler, weil er aus freien Stücken ein großes Reich innerhalb von sechs Jahren zugrunde gerichtet habe. Was ich verstehe, ist die Tatsache, daß Haffner aus der Sicht der Russen urteilt. Die verständliche Freude des Westens, daß Gorbatschow die Sowjetunion ohne einen Schuß übergeben hat, kann ja wohl nicht der Maßstab der Beurteilung sein. Soweit ist Haffner zuzustimmen: Mit Peter dem Großen, Bismarck, Madison oder Hamilton ist Michail Gorbatschow nicht zu vergleichen; eher mit Alexander Dubcek. Aber daß Gorbatschow der naheliegenden Versuchung widerstanden hat, Machtmittel einzusetzen und Menschen zu töten, um sich selbst zu einer Art Peter dem Großen zu machen, das sollten wir Deutsche nach all unseren deutschen Erfahrungen dem Mann nicht vorhalten, dafür sollten wir diesem Mann danken!

Sein Außenminister Schewardnadse hat - ich zitiere die "Süddeutsche Zeitung" vom 19. November - gesagt: "Wir hatten keine Vorstellung, was passieren wird, wir kamen einfach zu dem Schluß daß man so nicht weiterleben kann." Das war nicht genug, um eine neue Weltordnung zu schaffen, die diesen Namen verdient. Aber ein Satz Gorbatschows wird mir immer in Erinnerung bleiben. Er sagte ihn beim letzten Besuch Oskar Lafontaines mitten im Wahlkampf des Jahres 1990: "Sie können sicher sein, daß in den sechs Jahren meiner Generalsekretärschaft in diesem Land niemand aus politischen Gründen umgebracht oder gefoltert worden ist." Es gab vor Gorbatschow noch keinen Generalsekretär der KPdSU, der dies hätte sagen können. Es gereicht Gorbatschow zur Ehre, daß er es sagen konnte!

Das Erbe, fürchte ich wie Eduard Schewardnadse, wird allerdings chaotisch sein. Man muß befürchten, daß das, was in Georgien gerade stattfindet, in manchen der neuen Republiken der GUS stattfinden wird. Es wird Hunger geben, nationalistische Exzesse, bewaffnete Machtkämpfe, Massenflucht. Und ich beschwöre die europäischen Politiker endlich aufzuhören, so zu tun, als ob die Europäische Gemeinschaft diese Probleme auch noch schultern könnte. Ja, wir sollten Soforthilfe leisten, Hungerhilfe, Katastrophenhilfe. Aber wer so tut, als ob es möglich wäre, von außen die politischen Probleme der zerfallenen Sowjetunion zu lösen, der ist ein Narr oder der lügt.

Vielleicht werden Sie mich jetzt fragen, warum ich, obwohl doch Berufspolitiker, so starke Worte gegen Berufspolitiker gebrauche. Ich will es Ihnen sagen: weil wir an der Schwelle zum Jahr 1992 in eine Situation geraten, in der das "Perspektivische" Reden nicht mehr weiterführt. Ich meine jenes Reden, das nicht auf Realität aus ist, sondern eben auf "Perspektive". Man schildert nicht, was ist, man beschwört das, was man gerne hätte. Für Metternich hat Gustav von Usedom gesagt, er sei ein Prinzip gewesen, ein Panier. Hans-Dietrich Genscher ist auch ein Prinzip. Das Prinzip heißt: Hypnotisieren wir uns selbst, dann hypnotisieren wir vielleicht auch die ganze Welt.

Ich mache auf die Haltung aufmerksam, weil sie sich inzwischen wie Watte auf die politische Debatte in Deutschland legt. Das Prinzip Genscher hat auch die Opposition erfaßt. Eine außenpolitische Debatte gibt es nahezu nicht. Ich mache das an zwei Beispielen deutlich.

Beispiel 1 sind die Regierungskonferenzen in Maastricht. Da ging es um die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa sowie um die Politische Union. Ich will diejenigen Pluspunkte, die erreicht worden sind, nicht kleiner machen als sie sind. Die Subsidiarität wurde in den Verträgen verankert, es gibt ein bißchen Mitbestimmung der Bundesländer, auch einen allerersten Ansatz für eine gemeinsame Sicherheitspolitik in der Westeuropäischen Union und es gibt die Währungsunion. Aber dem steht gegenüber das vollständige Desaster bei den Parlamentsrechten und die Unfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft, zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu kommen. So lächerlich es ist: Nicht einmal Frankfurt als Platz einer Zentralbank konnte diese Bundesregierung durchsetzen. Wir müssen uns ungeschminkt klarmachen: Die Europäische

Gemeinschaft bleibt ein Bund von miteinander verzahnten Nationalstaaten. Von supranationalen Strukturen, wie die Bundesregierung sie erreichen wollte, kann keine Rede sein.

Vor 1989 hätte ich gesagt: Was man nicht im ersten Schritt erreichen kann, kann man im zweiten Schritt erreichen. Was wir nicht im Jahre 1991 erreichen, erreichen wir im Jahre 1996 oder im Jahr 2001. Aber machen Sie sich bitte klar: Nach der mitteleuropäischen Revolution von 1989, nach der deutschen Wiedervereinigung, nach der Renaissance des Nationalismus im Osten Europas mit all den Rückwirkungen im Westen muß man befürchten, daß es weitere Schritte zu einer Politischen Union, zu einem supranationalen Europa nicht geben wird.

Ich sage das vor allem mit Blick auf Deutschland. In unserem Land gewinnt die nationalstaatliche Schule immer mehr an Boden. Ich zitiere Ihnen nicht Karl-Heinz Bohrer, der die Bonner Republik monatlich mit dem Begriff "Provinzialismus" lächerlich macht. Ich zitiere Ihnen auch nicht den Vordenker des Springer-Konzerns, Herbert Kremp, der sagt, eine Politische Union Europas bedeute nichts anderes als "die Kontrolle Deutschlands". Ich zitiere Ihnen nur Rudolf Augstein, einen unbestreitbar Liberalen, wenn auch immer nationalliberalen Publizisten. Er schrieb in der Nr. 48 des "Spiegel": "Die jetzige Hetzjagd in Richtung auf ein imaginäres Europa, als wolle man in Gretna Green heiraten, ist hingegen falsch. Es gibt kein solidarisches Europa ... einig und solidarisch sind die anderen sich nur in der Absicht, das großgewordenen Deutschland in seinem politischen Spielraum einzuengen und dabei, wenn möglich noch kräftig abzusahnen." Wer so spricht, hat nicht begriffen, warum unsere Nachbarn nach zwei europäischen Weltkriegen und nach Auschwitz Angst vor einer Vormacht Deutschland haben. Und wer das nicht begreift, der schadet nicht nur unseren Nachbarn, der schadet auch Deutschland.

Das ist die deutsche Stimmung; und ich prophezeie: sie wird von Jahr zu Jahr stärker werden. Und Helmut Kohl, der pfälzische Europäer, ist zwar wirklich für einen Europäischen Bundesstaat. Aber er ist kein politischer Führer, er ist ein osmotisches System. Wenn er spürt, daß er die Macht nur halten kann, wenn er sein Gewicht auf den rechten Fuß verlagert, dann verlagert er sein Gewicht halt auf den rechten Fuß. Nach Maastricht erlaube ich mir die Prognose: Einen europäischen Bundesstaat, Vereinigte Staaten von Europa, regiert von einem handlungsfähigen europäischen Parlament wird es in unserer Lebenszeit nicht mehr geben. Und das bedeutet wiederum Querelles allerhandes - sich belauernde Nationalstaaten, die zwar nicht mehr Krieg miteinander führen werden, aber sich Knüppel zwischen die Beine werfen, bilateral kungeln und ihre kleinen Interessen suchen. Die Sozialdemokratie sollte die deutsche Öffentlichkeit mit größerem Nachdruck vor dieser Entwicklung warnen, als sie es im letzten Jahr getan hat.

Und damit bin ich bei meinem zweiten Beispiel, beim Krieg in Kroatien und Slowenien. Hier hat die deutsche Politik den schwersten Fehler der letzten Jahre gemacht. Und dieser Fehler liegt darin, daß wir uns, was die Anerkennung Kroatiens betrifft, zu einem Alleingang entschlossen haben. Es ist absurd und es spottet jeder Beschreibung, daß Italien gemeinsam mit Österreich, Italien und vielleicht noch Ungarn, also in der Koalition der früheren Achsenmächte, halb auch gegen Frankreich, ganz gegen England und gegen viele andere westeuropäischen Staaten der Einbildung Raum gaben, die Anerkennung Kroatiens könnte irgendein Problem des jugoslawischen Krieges lösen.

Ich bin kein Illusionist. Auch ich glaube nicht, daß der Staatsverband Jugoslawien aufrechterhalten werden kann. Auch ich bezweifle nicht, daß irgendwann einmal Slowenien, Kroatien, Serbien und andere Republiken selbständig sein werden. Aber die frühzeitige Anerkennung Kroatiens bewirkt nur eins: Es befeuert die Serben, mit ihrer roten Armee noch brutaler zuzuschlagen als bisher und es befeuert die kroatischen Nationalgardien in der Hoffnung, daß Staaten, die Kroatien anerkennen, Kroatien auch Waffen liefern werden. Mit dem Alleingang haben wir uns tiefe Zweifel der Amerikaner, der Engländer, der Franzosen und anderer eingehandelt, die jetzt befürchten, Deutschland wolle wieder Vormacht in Mitteleuropa werden. Wir haben gleichzeitig aber kein einziges Menschenleben gerettet. Das ist nicht Außenpolitik, das ist Dummeufeile!

Ich widerspreche der serbischen Propaganda, die leider nun auch bei manchen unserer westlichen Verbündeten geglaubt wird. Deutschland bereitet sich nicht darauf vor, eine Art Viertes Reich zu schaffen. Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher haben keinen Meisterplan in der Tasche, mit dem sie wieder zur Großmacht aufsteigen wollen. Es ist viel banaler: Hans-Dietrich Genscher, dessen Außenministerium zunächst durchaus eine vernünftige, gemäßigte Linie fuhr, bekam Angst vor der Propaganda der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung', die unter der Federführung eines ihrer Herausgeber, Johann Georg Reißmüller, nicht müde wird, täglich die Geschichte von den kroatischen Engeln und den serbischen Teufeln zu singen. Noch nie habe ich eine so einseitige und so wirksame Kriegsberichterstattung gesehen, wie die über Kroatien durch die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung'. Die haßerfüllte Propaganda gegen die orthodoxen und muslimischen Serben und die Lobgesänge auf die braven katholischen Kroaten sind die schamloseste Desinformation der Öffentlichkeit, die es seit der Frühzeit des Vietnamkriegs in Deutschland gegeben hat. Und das Geheimnis der deutschen Außenpolitik ist eben nicht, daß sie Vormachtgelüste in Mitteleuropa hätte, das Geheimnis ist einfach, daß Helmut Kohl keinen Ärger mit der OSU haben will und Hans-Dietrich Genscher auch von der FAZ geliebt werden will. Das ist jämmerlich!

Und ich füge selbstkritisch hinzu: Bedauerlicherweise hat sich auch die SPD oppositionsunfähig gemacht. Die Bundestagsfraktion hat - übrigens gegen meinen heftigen Widerstand - mit 68 zu 59 Stimmen die Politik Genschers mehr oder weniger abgedeckt. Die läppische Verwechslung des Selbstbestimmungsrechts der Völker mit einem Recht auf Sezession spukt auch in den Köpfen sozialdemokratischer Außenpolitiker. Ich hoffe, daß der neue Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, diesem Spuk ein Ende bereitet.

Ich fasse die außenpolitische Bilanz in wenigen Sätzen zusammen; sie ist problematisch. Kleine Kriege sind, auch in Europa wieder möglich. Gleichzeitig dürfte Europa ein Europa der Nationalstaaten bleiben; es wird keinen westeuropäischen Bundesstaat mit Sogwirkung auf die anderen Teile Europas geben. Statt Mitteleuropa kräftig zu helfen, haben wir den Ostmitteleuropäern unerfüllbare Versprechungen gemacht, zum Beispiel die Versprechung, sie alle als Vollmitglied in die EG aufzunehmen. Dazu zitiere ich einen einzigen Satz von Jacques Delors, dem klügsten europäischen Politiker, den es derzeit gibt: "Wenn morgen alle osteuropäischen Länder der Gemeinschaft beitreten würden, müßte dies vier mal soviel Hilfen bereitstellen, wie sie heute den strukturschwachen Gebieten in Portugal und Irland gewährt." Das zeigt, wie unseriös wir sind. Statt dessen aber haben wir es versäumt, die hochverschuldeten Länder Ungarn, Bulgarien, Polen und manche andere wirksam zu entschulden. Stattdessen verwehren wir ihnen Fleischimporte und Textilienimporte in die EG. Wenn wir eine Massenemigration nach Westeuropa bekommen, werden wir selber daran schuld sein. Am Anfang des Jahres 1992 deutet sich ein dreigeteiltes Europa an: ein östlicher Teil, terrorisiert von Armut, Nationalismus und politischen Wirren. Ein Mitteleuropa mit gefährdeten Entwicklungsgesellschaften, mit hohen Schulden, die derzeit einer marktradikalen Gewaltkur unterworfen werden; niemand weiß genau, wie diese Gesellschaften auf Balcerowicz oder Vaclav Klaus reagieren werden. Und einen einigermaßen wohlhabenden Westen, dessen Wohlstand auf Dauer allerdings gefährdet ist, weil er bei strategischen Hochtechnologien bald nicht mehr konkurrenzfähig sein dürfte. Ich behaupte nicht, daß diese Entwicklungen alle unumkehrbar seien. Aber ich sage: Schluß mit der Selbsthypnose. Hypnotisierte Deutsche sind zwar besser als trunkene Deutsche, am liebsten aber sind sie mir wach.

(-/7. Januar 1992/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

DOKUMENTATION

Heinemann-Initiative: Empörung über Prieß-Verurteilung

Die Gustav-Heinemann-Initiative, zu deren Gründungsmitgliedern Inge Aicher-Scholl, Erhard Eppler und Helmut Simon gehören, hat in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg gegen die Maßregelung des Sprechers der Soldaten-Vereinigung Darmstädter Signal, Helmuth Prieß, protestiert. Das Schreiben an den Verteidigungsminister im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister,

wir sind empört über das harte Urteil des Truppendienstgerichts Koblenz gegen Major Helmuth Prieß. Dieses unglaubliche Urteil gegen einen aufrechten Demokraten, dem 1984 der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen worden ist, haben Sie politisch zu verantworten, denn Sie haben den Dienstvorgesetzten von Major Prieß gegen dessen Willen und juristischen Rat zur Einleitung eines Verfahrens angewiesen. Wir lassen uns daher auch nicht auf die Unabhängigkeit dieses Gerichts verweisen.

Wir bedauern, daß Sie die rechtliche Disziplinierung unbequemer Kritiker, die damit in die Nähe Krimineller gerückt werden, gewählt haben, statt sich mit ihnen - wie es guter demokratischer Stil gewesen wäre - politisch auseinanderzusetzen.

Helmuth Prieß und seine Kameraden vom "Darmstädter Signal" haben, wie wir wissen, seit Jahren die politische Auseinandersetzung mit der Leitung Ihres Hauses über Grundfragen der Sicherheitspolitik und Probleme der Bundeswehr gesucht. Sie beziehungsweise Ihre politischen Spitzen sind mehrfach zu den Hardtberg-Gesprächen des "Darmstädter Signals" eingeladen worden. Sie haben sich immer wieder verweigert. Jetzt haben Sie offenbar den Zeitpunkt gekommen gesehen, die Ihnen unbequeme Gruppe zu zerschlagen, um endlich Ruhe - wie Sie sie verstehen - in der Bundeswehr zu haben.

Dies wird Ihnen so sicher nicht gelingen!

Wir protestieren in aller Form gegen die in Ihrem Verhalten gegenüber Major Prieß zum Ausdruck gelangte vordemokratische Denkweise. Sie ist einer streitbaren Demokratie unwürdig.

Das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf freie Meinungsäußerung gehört zu den besonders schutzwürdigen Errungenschaften unserer Demokratie. Gelebte Demokratie ist immer auch streitbare Demokratie, deren Wesenselement der Meinungskampf ist. Dies unterscheidet unser politisches System von totalitären Staaten.

Auch Soldaten haben das Recht, sich an der politischen Auseinandersetzung öffentlich zu beteiligen. Dies gilt erst recht, wenn es um grundsätzliche Fragen der Berufsethik und des Gewissens geht. Sie werden nicht bestreiten wollen, daß dazu an erster Stelle die Frage nach der ethischen Verantwortbarkeit der atomaren Abschreckungsstrategie zählt.

Es ehrt die Soldaten vom "Darmstädter Signal", daß sie aus ihrer Gewissensnot insoweit kein Hehl gemacht haben und damit eine Diskussion an die Öffentlichkeit getragen haben, die - wie aus Untersuchungen bekannt geworden ist - immer wieder auch innerhalb der Bundeswehr kontrovers geführt wird.

Mit Ihrer Disziplinierungsaktion haben Sie dem Ruf der Bundeswehr Schaden zugefügt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Dr. Ilse Bechthold

Sprecherin des Bundesvorstandes der Gustav-Heinemann-Initiative e.V.

(-/7. Januar 1992/rs/ks)